

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Reichel (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Helfer in Kindertagesstätten – Ausbildungsmöglichkeiten schaffen

Die **Kleine Anfrage 2032** vom 20. November 2013 hat folgenden Wortlaut:

Menschen mit Behinderung haben es auch heute immer noch schwer, eine dauerhafte berufliche Perspektive zu finden. In einigen Berufsfeldern wurden in den letzten Jahren Helfertätigkeiten als Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, um Menschen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit zu eröffnen. Gerade in den Kindertagesstätten wird aufgrund der neuen Rechtsansprüche regelmäßig Personal gesucht. Mit der Tätigkeit als „Helfer/-in Kitas“ könnten Arbeitsplätze geschaffen werden, die die Erzieher/-innen in ihrer pädagogischen Arbeit unterstützen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es auch in Rheinland-Pfalz für Menschen mit Behinderung Möglichkeiten, eine Helfer/-innenausbildung in Kitas zu absolvieren? Wenn nein, ist die Einführung einer solchen Ausbildung geplant?
2. Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden beziehungsweise sind bereits vorhanden?
3. Wie sieht die konkrete Ausbildungsplatzbeschreibung aus?
4. Ab wann ist eine Ausbildungsmöglichkeit als Helfer in Kindertagesstätten möglich?
5. Welche Möglichkeiten bestehen, weitere Helferausbildungsplätze in anderen Berufsfeldern zu schaffen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Dezember 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Für die Landesregierung ist es eine wichtige Aufgabe, dass auch schwerbehinderte Menschen ein möglichst dauerhaftes, tariflich entlohntes und sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis finden. Die Landesregierung hat dabei besonders den Personenkreis der Menschen mit Behinderungen im Blick, die ansonsten für eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Betracht kommen; dabei geht es um Menschen mit Behinderungen unterhalb der „Schwelle zur Berufsreife“.

Die Landesregierung hat bereits vor über sechs Jahren mit dem Budget für Arbeit eine Alternative zur Werkstattbeschäftigung geschaffen. Innerhalb dieses Projekts hat die Landesregierung gerade den Bereich der Kindertagesstätten als besonders geeignet bezeichnet.

Nachdem sich dieses Modell – genannt Helfer und Helferinnen in Kitas – im Landkreis Mainz-Bingen und in der Stadt Mainz bewährt hat, wurden im September 2012 alle Träger von Kindertagesstätten auf diese Möglichkeiten hingewiesen.

Dabei muss erwähnt werden, dass es bei diesen Überlegungen nicht um den Ersatz von Fachkräften, sondern nur um deren Unterstützung gehen kann.

Derzeit gibt es nur die Möglichkeit, Menschen mit Behinderung zu qualifizieren, damit sie als Helferin/Helfer in Kitas eingesetzt werden können. Dies wird bereits in einigen Landkreisen im hauswirtschaftlichen Bereich umgesetzt. Diese Qualifizierungsmaßnahme wird derzeit interministeriell unter Einbezug der Arbeitsagentur diskutiert, wäre aber nicht mit einer Ausbildung gleichzusetzen.

b. w.

Mit dem Projekt „Helferinnen und Helfer in Kindertagesstätten“ möchten das Kinder- und Jugendministerium und das Sozialministerium Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) den Weg in eine dauerhafte Anstellung im Hauswirtschaftsbereich einer Kindertagesstätte ebnen. Gleichzeitig stellt dieses Projekt eine große Chance dar, dass Kinder mit Menschen mit Behinderungen aufwachsen, dass sie Vielfalt, Gleichheit und Verschiedenheit im Sinne der Inklusion als ganz normal erleben.

Im Anschluss an ein Praktikum sollte die Tätigkeit in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übergehen, die zu 70 % aus dem Budget für Arbeit des Landes (Leistung der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII) finanziert wird. Die verbleibenden 30 % übernimmt der Arbeitgeber, die Verträge entsprechen dem geltenden Tarifrecht und können so ebenfalls von Seiten des Landes nach dem Kindertagesstättengesetz gefördert werden.

Wie eine Qualifizierung für hauswirtschaftliche oder andere Hilfstätigkeiten in diesem Zusammenhang aussehen könnte und wie diese im Vergleich zu einer Berufsausbildung aussehen kann, wird derzeit mit der Arbeitsagentur und dem Sozialministerium diskutiert. Eine Qualifizierung auf einem einfacheren Niveau, als es die Ausbildung zur hauswirtschaftlichen Betriebshelferin ist, macht dann Sinn, wenn so mit Unterstützung des Budgets für Arbeit Möglichkeiten eines dauerhaften Beschäftigungsverhältnisses außerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen geschaffen werden können.

Zu Frage 2:

Es müsste eine auf die Bedürfnisse der Träger abgestimmte Qualifizierung entwickelt werden. Qualifizierende Stelle und Praxisstelle sollten gut miteinander kooperieren. Siehe hierzu auch die Antwort auf Frage 1.

Zu Frage 3:

Eine Beschreibung des Qualifizierungsplatzes müsste in engerer Kooperation mit den Trägerorganisationen erfolgen, da diese die konkreten Anforderungen der alltäglichen Arbeit in der Kindertagesstätte erleben.

Zu Frage 4:

Eine Aussage hierzu ist derzeit noch nicht möglich.

Zu Frage 5:

In einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung externer Fachleute, vor allem auch der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland der Bundesagentur für Arbeit, wird zurzeit geprüft, welche Tätigkeitsfelder unterhalb des Ausbildungsniveaus im Helferbereich in Betracht kommen könnten. Auf dieser Basis werden gemeinsam Inhalte, Umfang und Durchführung der notwendigen Qualifizierungen der Menschen mit Behinderungen unter Nutzung bereits bestehender Möglichkeiten (zum Beispiel unterstützte Beschäftigung) vereinbart. Dabei stehen besonders der Bereich der Kindertagesstätten, aber auch andere soziale Unternehmen (wie zum Beispiel Alten- und Pflegeheime) und der Bereich Landwirtschaft und Weinbau im Fokus. In regional begrenzten Pilotprojekten will die Landesregierung die praktische Umsetzung dieser Überlegungen erproben.

Irene Alt  
Staatsministerin